



Igor Dodon gewinnt Präsidentschaftswahl in der Republik Moldau – was Österreich und die EU (und auch wir) jetzt tun müssen

SEBASTIAN SCHÄFFER

Mag. **Sebastian Schäffer**,
MA, Wissenschaftlicher
Mitarbeiter am Institut für
den Donauraum und Mittel-
europa (IDM);
Gründer und Inhaber von
SeminarSimulationsCon-
sulting (SSC) Europe

Im Schatten der US-amerikanischen Präsidentschaftswahl hat die Republik Moldau am 13. November 2016 ein neues Staatsoberhaupt gewählt. Wie in Bulgarien konnte sich der als pro-russisch geltende Kandidat durchsetzen. Ähnlich wie in Österreich hat das Verfassungsgericht nicht unerheblich Einfluss auf die Präsidentschaftswahlen genommen, und auch hier steht eine Richtungsentscheidung in Bezug auf den weiteren europäischen Integrationsprozess an. Allerdings greift die Reduzierung auf eine Orientierung in Richtung Moskau oder Brüssel zu kurz. Das Land am Rande des Donauraums, das zu einem der ärmsten Länder des Kontinents zählt, hat erst zum dritten Mal überhaupt direkte Präsidentschaftswahlen abgehalten. Der Wahlausgang reiht sich in die Serie von EU-skeptischen Ergebnissen ein, die eine tiefe Spaltung der Gesellschaft hinsichtlich der Wertvorstellungen offenbart. Insofern hat der Sieg des Vorsitzenden der Sozialistischen Partei der Republik Moldau (Partidul Socialiștilor din Republica Moldova – PSRM), Igor Dodon, durchaus Auswirkungen auf Österreich und auf Brüssel. Es gilt nun, die richtigen Konsequenzen zu ziehen und die Indifferenz in Bezug auf die Entwicklung in der näheren Nachbarschaft der EU zu überdenken.

Präsidentschaftswahl in der Republik Moldau – Anfang vom Ende der europäischen Integration?

Am 30. Oktober fand in der zwischen Rumänien und der Ukraine gelegenen Republik Moldau die erste Runde zur Wahl eines neuen Staatsoberhauptes statt. Zum ersten Mal seit 20 Jahren konnte das Volk wieder unmittelbar entscheiden. Nach der Unabhängigkeit der ehemaligen Sowjetrepublik wurde nach zwei direkten Wahlen 1991 und 1996 die Verfassung geändert und die Wahl dem Parlament mit einer Drei-Fünftel-Mehrheit überlassen. Im Frühjahr revidierte das Verfassungsgericht die Entscheidung aus dem Jahr 2000, so dass in diesem Jahr etwa 3 Millionen Wahlberechtigte an die Urnen gerufen wurden.

Die Entscheidung ist aus verfassungsrechtlicher Sicht zweifelhaft, hat aber eine potenzielle Neuwahl des Parlaments verhindert. Der Bankenskandal, bei dem etwa 1 Milliarde Euro »verschwinden« sind und bis heute nicht geklärt ist, wo sich das Geld befindet und wer für den Verlust verantwortlich ist, hatte eine Reihe von Protesten ausgelöst, die aber zu keinem Ergebnis führten. Weder gab es die geforderten Neuwahlen, noch wurde an einer ehrlichen Aufarbeitung des »Jahrhundertdiebstahls« gearbeitet. Bisher wurde einzig der ehemalige Premierminister Vlad Filat vor Gericht verantwortlich gemacht und zu einer Haftstrafe verurteilt.

Insgesamt zwölf potenzielle KandidatInnen konnten genügend Unterschriften für eine Registrierung bei der Zentralen Wahlkommission (Comisiei Electorale Centrale – CEC) sammeln. Zwei zogen die Kandidatur zurück, einer wurde aufgrund von Unregelmäßigkeiten bei der Wahlkampffinanzierung ausgeschlossen. Das BewerberInnen-

feld hatte sich kurz vor der Wahl erneut verringert, etwa durch den Rückzug des früheren Parlamentspräsidenten Marian Lupu (Partidul Democrat din Moldova – PDM), der als Kandidat der Regierung gesehen wurde. Bereits zuvor hatte Andrei Năstase, ein Bürgerrechtsaktivist sowie Vorsitzender und Gründungsmitglied der Partei Plattform Würde und Wahrheit (Platforma Demnităte și Adevăr – DA), seine Kandidatur zu Gunsten von Maia Sandu zurückgezogen. Die ehemalige Bildungsministerin und frühere Mitarbeiterin der Weltbank hatte ebenfalls eine neue Partei gegründet (Aktions- und Solidaritätspartei, Partidul Acțiune și Solidaritate – PAS). Trotz des verringerten Feldes konnte niemand die erforderliche absolute Mehrheit erringen. Sandu erzielte aber die zweitmeisten Stimmen und trat folglich am 13. November zur Stichwahl gegen Igor Dodon an. Letzterer hatte mit einem Wahlergebnis von 48% beim ersten Urnengang beinahe eine zweite Runde obsolet gemacht und lag zwischenzeitlich deutlich über der absoluten Mehrheit. Gerade aber in der Hauptstadt Chișinău und bei jungen WählerInnen konnte Sandu mehr Stimmen auf sich vereinen, so dass sie am Ende auf beachtliche 38 Prozentpunkte kam.

Im kurzen Wahlkampf machte sich Dodon die vom Kreml perfektionierten Desinformationskampagnen zu eigen. So wurde zunächst die Abschaffung des Assoziierungsabkommen mit der EU propagiert und später dann Beibehaltung mit potenziellem Beitritt zur Eurasischen Wirtschaftsunion versprochen. Vladimir Putin hatte dies im Falle der Ukraine noch dezidiert ausgeschlossen, was subsequent zu den Demonstrationen auf dem Maidan und der sogenannten »Revolution der Würde« in Kiew geführt hatte. Die danach erfolgte Annexion der Krim ist für Dodon legitim, und er erkennt die Halbinsel als russisches Staatsgebiet an. Es zirkulierten auch Gerüchte, dass bei einem Wahlsieg Sandus bis zu 30.000 syrische Geflüchtete aus Deutschland nach Moldau geschickt werden sollten. Zudem wurde darauf verwiesen, dass sie eine unverheiratete Frau ist und sich für die LGBT-Gemeinschaft engagiert – Homophobie ist wie in vielen ehemaligen sozialistischen Ländern noch immer weit verbreitet. Dodon hatte sich auch die Unterstützung der orthodoxen Kirche sowie den Segen des Patriarchen von Moskau gesichert. Nicht zuletzt hatte aber auch die Blockade eines Gesetzesentwurfs durch die PSRM und die von Vladimir Plahotniuc unterstützte Demokratische Partei Einfluss auf den Wahlausgang genommen. Die vorgeschlagene Änderung hätte Studierenden erlaubt, nicht mehr nur in ihrer Heimatstadt ihre Stimme abgeben zu können, sondern auch am Ort des Studiums. Plahotniuc unterstützte offiziell Sandu, was aber aufgrund ihres Eintretens für die Bekämpfung der Korruption eher als »vergiftete« Empfehlung gewertet werden kann. Die überwiegende mediale Aufmerksamkeit, die Plahotniuc im Land dominiert, bekam jedenfalls Dodon, während Sandu hauptsächlich über soziale Medien und insbesondere Facebook ihren Wahlkampf bestritt.

Am Wahltag selbst kam es zu Unregelmäßigkeiten bei der Stimmabgabe. Aus Transnistrien wurden Busse organisiert, die Wähler zu den Wahllokalen auf die moldauische Seite brachten, da auf transnistrischem Territorium keine zugelassen waren. Rund 16.000 Stimmen wurden so abgegeben, viermal mehr als noch bei der Parlamentswahl 2014. Für die Auslandsmoldauer waren in manchen Botschaften nicht genug Stimmzettel vorhanden, und da diese zu 86% ihr Kreuz bei der PAS machten, sind dementsprechend wahrscheinlich weitere Stimmen für Sandu verloren gegangen. Vereinzelt sind auch Fälle doppelter Abstimmung gemeldet worden, da gerade viele Angehörige der Diaspora in der EU einen moldauischen und einen rumänischen Pass besitzen. Insgesamt bleibt unklar, wie viele MoldauerInnen eigentlich wahlberechtigt sind, da die Daten des bereits 2014 durchgeführten Zensus noch immer nicht veröffentlicht sind.

Nach einer Präsidentschaftswahl wird oft davon gesprochen, das Land jetzt wieder zusammenführen zu müssen. Im Falle der Republik Moldau wird dies aber ungleich

schwerer, da hier neben der Trennlinie zwischen den politischen Lagern der beiden Wählergruppen seit 1992 eine de-facto-Teilung des Landes bereits besteht. Die Teilrepublik Transnistrien hat sich nach einem Bürgerkrieg für unabhängig erklärt, die 14. Russische Armee steht seitdem als Garant für den Frieden im Land. Auch wenn die Regierung in Tiraspol international nicht anerkannt ist, hat Moskau bereits eine direkte Einflussmöglichkeit und damit einen strategischen Vorteil gegenüber dem Fall Ukraine. Darüber hinaus ist mit der Region Gagausien eine zusätzliche Minderheit mit sehr großer Skepsis gegenüber einer weiteren Annäherung an die Europäische Union vorhanden, Dodon holte hier fast 99 % der Stimmen. Die Wahlbeteiligung war in einigen Dörfern fast doppelt so hoch wie im Landesdurchschnitt. Das autonome Gebiet hatte bereits für den etwaigen Fall einer Wiedervereinigung mit Rumänien (die Bestrebungen dafür sind im Land vorhanden, aber im Diskurs zu vernachlässigen, dennoch wurde Sandu auch das unterstellt) in einem Referendum beschlossen, sich dann der Eurasischen Wirtschaftsunion anzuschließen. Sowohl die PAS als auch die DA haben eine Initiative gestartet, die Wahl für ungültig erklären zu lassen. Eine Aussicht auf Erfolg ist allerdings ohne eine große Mobilisierung der Zivilgesellschaft als gering einzuschätzen.

Neben diesen innenpolitischen Herausforderungen mit regionalen Auswirkungen gilt es aber auch, die Lebenssituation für alle MoldauerInnen zu verbessern. Niedrige Löhne, die ausufernde Korruption und nicht zuletzt der Bankenskandal haben die Bevölkerung skeptisch gegenüber allen politischen Parteien werden lassen.

PS

Handlungsempfehlungen für den Erhalt einer europäischen Perspektive

1. Bei der nächsten Parlamentswahl, aber auch bereits jetzt wird eine der zentralen Fragen sein, wie die Macht des Oligarchen Vladimir Plahotniuc beschränkt werden kann. Hier kann es ein positives Faktum sein, dass Maia Sandu nicht zur Präsidentin gewählt wurde. Die hohe Popularität könnte für die Parlamentswahl 2018 die Möglichkeit bieten, einer potenziellen Mehrheit von Dodon und Plahotniuc entgegen zu wirken. Wäre Sandu in das Präsidentenamt gewechselt, hätte erst ein(e) neue(r) SpitzenkandidatIn aufgebaut werden müssen. Allerdings steht mit Andrei Năstase ein möglicher Koalitionspartner zur Verfügung, so dass dies lediglich ein kleiner positiver Aspekt sein kann. Ziel muss es sein, eine Mehrheit zu erreichen, die sich ernsthaft als pro-europäisch positionieren kann und nicht nur dieses Label verwendet, weil es gerade opportun ist.
2. Die Europäische Union muss ihre Strategie gegenüber der ehemaligen Sowjetrepublik anpassen, sonst droht eine ähnliche Situation wie im Fall der Ukraine. Dodon ist kein Agent des Kremls und wird das Spiel von Janukowitsch spielen, also sowohl den Westen als auch den Osten bedienen, um hier einen maximalen Nutzen für sich herauszuholen. Genau dies hat aber in Kiew letztendlich zum Maidan geführt. Brüssel würde nicht nur die Zukunft Chişinău, sondern auch die Glaubwürdigkeit bezüglich eines weiteren Eintretens für den Erweiterungsprozess aufs Spiel setzen – auch wenn dies in Bezug auf die Republik Moldau nur mittelfristig eine Perspektive sein kann. Das darf selbstverständlich nicht auf Kosten der Korruptionsbekämpfung und um jeden Preis geschehen. Dennoch droht die EU in der Region und bei den Menschen nicht zuletzt auch durch das Referendum über den »Brexit« weiter an Attraktivität zu verlieren.

3. In diesem Zusammenhang ist auch die Rolle der Russischen Föderation nicht zu vernachlässigen. Auch wenn es den Anschein hat, dass Vladimir Putin momentan nur ein geringes Interesse an der geopolitischen Bedeutung der Republik Moldau hat, darf nicht außer Acht gelassen werden, dass er, wie kaum ein anderes Staatsoberhaupt, opportunistisches schnelles Handeln beherrscht. Im Augenblick scheint es für den Kreml ausreichend zu sein, dass es keine weitere Annäherung an die EU und an die NATO geben wird.
4. Österreich darf nicht vergessen, dass es sich bei der Republik Moldau um ein Land im Donauraum handelt. Eine zentrale Aufgabe wird sein, zukünftig mit Programmen auch jene Menschen zu erreichen, die nicht von einer europäischen Perspektive überzeugt sind. Weiters gilt es, Perspektiven im Land zu schaffen und so dem Abwandern des gut ausgebildeten Teils der Bevölkerung entgegenzuwirken.
5. Letzten Endes ist dies aber auch eine Herausforderung, der sich Institute wie das IDM stellen müssen. Die Wahlen der jüngeren Vergangenheit – in den USA, in Bulgarien und eben auch in der Republik Moldau – zeigen, dass es notwendig ist, mit jenen Personen in Dialog zu treten, die das Eintreten für die Werte, für die die Europäische Union steht, ablehnen. Eine zentrale Komponente wird dabei sein, wie man die Brücke gerade auch zu diesen BürgerInnen bauen kann. Einige Aktivitäten, die das IDM in den vergangenen Jahren durchgeführt hat, haben auch Teilnehmende aus Transnistrien und Gagausien einbezogen. Allerdings sind die Effekte daraus noch zu gering, und es gilt die Prozesse zu verstetigen und zu erweitern. Maßnahmen benötigen keine Quotenteilnehmenden, die als Alibi fungieren – und auch keine höheren Investitionen. Vielmehr müssen MultiplikatorInnen auf beiden Seiten des Dnister gezielt gefördert werden, denn nur mit einer nachhaltigen Perspektive kann man der weiteren Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken und dazu beitragen, dass an Stelle des Brain Drain eine Brain Circulation tritt.

PPS

Die Teilnehmenden des Projekts *Minorities, frozen conflicts and the Eastern Partnership in Moldova and Ukraine* erarbeiteten Zukunftsszenarien für die politische und ethnographische Entwicklung in der Region mit Bezug auf »eingefrorene Konflikte«. Die vier Gruppen (jeweils in Best-Case- und Worst-Case-Szenarien für die Ukraine und Moldau) wurden so aufgeteilt, dass in jeder eine ausgewogene Zahl an Teilnehmenden aus Moldau und Ukraine waren. Anschließend wurden gemeinsam Ideen für Szenarien gesammelt und relevante Themen dargestellt, bevor dann die Kleingruppen mit ihrer Gruppenarbeit begannen.

Die Zukunftsszenarien können unter www.ssc-europe.eu/english/former-projects abgerufen werden.

Redaktion:

Dr. Erhard Busek
Mag. Annette Höslinger-Finck
Mag. Sebastian Schäffer, MA

Institut für den Donauraum
und Mitteleuropa (IDM)

A-1090 Wien
Hahngasse 6/1/24
Tel.: +43 1 319 72 58
Fax: +43 1 319 72 58-4
idm@idm.at
www.idm.at

Diese und weitere Ausgaben der IDM Policy Paper Series stehen unter www.idm.at/publikationen/idmpps zum Download bereit.